

Hu beklagte in diesem Zusammenhang die mangelnde Aktualität und die niedrige Produktivität der journalistischen Arbeit. Die Berichterstattung über wichtige Ereignisse dürfe jedoch auch nicht unter Zeitdruck leiden - hier müsse nach wie vor reiflich überlegt und im Bedarfsfall die Genehmigung (der zuständigen Parteiorganisation) eingeholt werden.

Als dritte Anforderung an die journalistische Arbeit nannte Hu Yaobang eine von Sachkenntnis und Lebendigkeit geprägte Berichterstattung. Veröffentlichungen müßten sachkundig und interessant sein. Doch auch in dieser Frage gebe es Grenzen: Es gehe nicht an, daß unter dem Vorwand einer sachkundigen und interessanten Berichterstattung feudalistischer Aberglauben und dekadentes kapitalistisches Gedankengut verbreitet würden. Ein Beispiel hierfür seien "die miesen kleinen Blätter", die viele Städte geradezu überschwemmt hätten: "Wenn diese Dinge nicht verboten werden, dann werden zahllose Jugendliche Schaden an Leib und Seele nehmen, und dann wird der Kampfeswille der Werktätigen erlahmen." Hu forderte die Propagandaabteilungen und Kulturämter auf Provinzebene nachdrücklich auf, gegen die kleinen Straßenzeitungen vorzugehen. Hu Yaobang zufolge darf die Beseitigung dieser "miesen kleinen Blätter" jedoch nicht in eine Massenbewegung an der "ideologischen Front" ausarten. In diesem Zusammenhang ging der ZK-Generalsekretär auch ausführlich auf die Bekämpfung der "geistigen Verschmutzung" ein, die er im Prinzip eindeutig befürwortete (siehe die Übersicht "Hu Yaobang befürwortet die Bekämpfung der 'geistigen Verschmutzung'" in diesem Heft).- Die Parteiführung war Ende 1983 mit ihrem Plan, im Rahmen der Bekämpfung einer sogenannten "geistigen Verschmutzung" "vorrangig und schwerpunktmäßig rechte und aufweichende Tendenzen zu berichtigen" (Deng Xiaoping), am passiven Widerstand der Bevölkerung gescheitert.

Als wichtigste Anforderung an die journalistische Arbeit bezeichnete Hu Yaobang einen klaren und korrekten Standpunkt, einen eindeutigen Klassencharakter, eine ausgeprägte Parteigesinnung und eine "wissenschaftliche Haltung, die die Wahrheit in den Tatsachen sucht". Diese wissenschaftliche Haltung stehe, so Hu Yaobang, nicht nur nicht im Widerspruch zum Standpunkt der Partei und zur Parteigesinnung, sondern sei eine Voraussetzung für eine richtige Parteigesinnung. Deshalb sollten sich die Journalisten in der Kommentierung und Bewertung von Ereignissen so lange zurückhalten,

bis sie sich über den wahren Sachverhalt und die Hintergründe klar geworden seien. Über große internationale Ereignisse, über die in anderen Ländern bereits berichtet und kommentiert werde, sollten die chinesischen Journalisten "zunächst objektiv berichten" und erst im Verlauf der Aufklärung des wahren Sachverhalts einen "tendenziösen Charakter" (qingxiangxing) in ihre Berichterstattung bringen.

Im letzten Teil seiner Rede beschäftigte sich Hu Yaobang mit dem Personalbestand der Medien, der sich insgesamt auf rund 300.000 Journalisten belaufe. Obwohl der Journalistenstamm insgesamt gesehen "gut" sei, gebe es noch "sehr viele Probleme". Hu forderte eine Verjüngung des journalistischen Kaderstamms, eine Stärkung der Parteigesinnung, eine Verbesserung der beruflichen Fähigkeiten und eine Stärkung der Einheit der Journalisten untereinander. Als besonders hervorstechend bezeichnete Hu Yaobang das Problem der Solidarität unter den Journalisten - dies sei im übrigen auch ein großes Problem an der gesamten ideologischen Front. Hu forderte die Journalisten auf, sich mehr mit ihrer eigenen Arbeit als mit anderen Kollegen zu beschäftigen - dann gäbe es nämlich auch keinen Markt mehr für Klatsch, Gerüchte und Verleumdungen in den eigenen Reihen. -sch-

\*(14)

#### Neuer Direktor des Amts für Zivilluftfahrt (CAAC)

Zum neuen Direktor des Chinesischen Amts für Zivilluftfahrt (CAAC) ist Mitte März 1985 der bisherige stellvertretende Direktor Hu Yizhou ernannt worden. Der 55jährige Hu gilt als kompetenter Luftfahrtfachmann. Hu Yizhou löst ZK-Mitglied Shen Tu ab, der das Amt des CAAC-Direktors seit Januar 1978 innehatte und mittlerweile das Pensionsalter von 65 Jahren erreicht hat. Shen Tu, der seit 1954 führend in der chinesischen Zivilluftfahrt tätig ist, wird jedoch der CAAC weiter als "Berater" angehören. (RMRB, 17.4.85; FEER, 18.4.85)

Die Ablösung von Shen Tu als Direktor des Amts für Zivilluftfahrt steht wahrscheinlich im Zusammenhang mit der Anfang des Jahres beschlossenen umfangreichen Verjüngung der Partei- und Staatsorgane auf der zentralen und der Provinzebene. Hinzu mag gekommen sein, daß die CAAC unter der Leitung von Shen Tu immer wieder Gegenstand heftiger Kritik gewesen ist. Die Vorwürfe richteten sich vor allem gegen mangelnde Flugsicherheit, Unpünktlichkeit und schlechten Service. -sch-

#### VERTEIDIGUNG

\*

\*

\*\*\*\*\*

\*(15)

#### China will seine Armee um eine Million Mann verkleinern

Hu Yaobang verkündete während seines Besuchs in Neuseeland, daß China 1985 und 1986 seine Armee um eine Million Mann reduzieren werde. Die Volksrepublik könne sich diesen Schritt im Hinblick auf die verbesserte politische und wirtschaftliche Situation leisten. Die VBA verfüge über eine unbedeutende nukleare Abteilung; China sei jedoch bereit, an einer internationalen Abrüstungskonferenz teilzunehmen (XNA, 19.4.85).

Die Reduktionsabsichten waren bereits in einem Artikel des Generalstabschefs Yang Dezhi in der amtlichen "China Daily" vom 3. Januar 1985 bekanntgegeben worden. Mit der Maßnahme solle vor allem Geld gespart werden. Inzwischen wurde bekannt, daß die Reduzierung der Truppen von Deng Xiaoping in einer Rede am 1. November 1984 gefordert worden war. Um mehr Kapital für den zivilen Aufbau bereitzustellen, müsse eine Zeitlang die Produktion von Waffen eingeschränkt, die Zahl der Offiziere und des nichtkämpfenden Personals verringert und die Armee überdies stärker für den zivilen Aufbau herangezogen werden. Auch solle der Beförderungsstau aufgelöst werden. Chinas Armee verfügt z.Zt. über rd. 4,2 Millionen Mann. -we-

\*(16)

#### Die neuen chinesischen Abrüstungsvorschläge

Drei Materien sind hier zu unterscheiden, nämlich atomare, chemische und konventionelle Waffen.

1) Kernwaffen: Hierzu lautet der von Außenminister Wu Xueqian im November 1983 unterbreitete Plan folgendermaßen: Nachdem die Sowjetunion und die USA konkrete Schritte zur Erprobung und Herstellung von Kernwaffen unternommen und eine 50%-ige Reduzierung ihrer Kernwaffen und Trägermittel aller Typen vereinbart haben, sollte eine repräsentative internationale Konferenz unter Teilnahme aller kernwaffenbesitzenden Staaten einberufen werden, um dort über eine gemeinsame Reduzierung von Kernwaffen zu verhandeln.

Ein bloßes "Einfrieren von Kernwaffen" seitens der Supermächte sei noch keine geeigneter Schritt. Vielmehr müßten konkrete Maßnahmen zur Reduzierung und Vernichtung der Kernwaffen vereinbart werden. (RMRB, 1.12.83)

Was das Raketenpotential (Mittelstrecken- und Fernraketen der Supermächte in Europa und Asien) anbelangt, so seien sie ebenfalls zu reduzieren; eine bloße geographische Verschiebung von Europa nach Asien oder umgekehrt verewige nur den Zustand der Bedrohung (BRU 1983, Nr.44, S.14). Müsse man i.ü. noch einmal daran erinnern, daß die USA und die Sowjetunion über 95% aller Kernwaffen und 97% der Sprengköpfe besäßen!?

Der chinesische Vertreter bei der Abrüstungskonferenz, Qian Jiadong, wiederholte diese Vorstellungen am 19. Februar 1985 (Vorschlag RMRB, 1.12.83).

2) Chemische Waffen: Die Supermächte hätten, obwohl sie bereits ein mehrfaches atomares Vernichtungspotential besäßen, inzwischen auch mehrere hunderttausend Tonnen von chemischen Waffen angelegt.

Während die Kernwaffen bisher ungenutzt geblieben seien, sei dieses Massenvernichtungsmittel leider, wie Nachrichten aus verschiedenen Kriegsschauplätzen in aller Welt zeigten (China meint hier offensichtlich den Golfkrieg, Afghanistan, Kambodscha und Laos) immer wieder verwendet worden (XNA, 2.11.83). Chemische Waffen seien so gefährlich, weil sie wenig kosteten, leicht zu produzieren und mit hoher Vernichtungskraft ausgestattet sind. China hält den USA zugute, daß sie bereits im April 1983 einen Entwurf über das Verbot chemischer Waffen vorgelegt hätten, in dem u.a. internationale Überwachungsmaßnahmen gefordert wurden - eine Klausel, gegen die sich die Sowjetunion zur Wehr setzte. (BRU 1984, Nr.38, S.13 f.). Inzwischen hat der Ständige Ausschuß des NVK bei seiner 7.Tagung im September 1984 beschlossen, daß China der Konvention über das Verbot von C-Waffen beitrete.

3) Konventionelle Waffen: Am 26. Oktober 1983 schlug China vor der 38. UNO-Vollversammlung vor, daß die beiden Supermächte als erste mit dem Abbau ihrer Überrüstung beginnen sollten. Global gesehen finde ja das konventionelle Wettrüsten hauptsächlich zwischen diesen beiden statt. Sie hätten Arsenale an konventionellen Waffen angelegt, die bei weitem die notwendigen Erfordernisse der Selbstverteidigung überträfen und zum Instrument der Expansions- und Interventionspolitik geworden seien. Was die anderen Länder anbelangt, so sei ihre Abrüstungsverpflichtung gegenüber derjenigen der Supermächte sekundär. Für zahlreiche friedliebende kleine und mittelgroße Länder sei es notwendig, begrenzte Verteidigungskräfte zur Selbstverteidigung und zur natio-

nenal Sicherheit aufrechtzuerhalten. Dies habe nichts mit Wettrüsten zu tun. Die Behauptung, daß alle Länder in der Welt für die konventionelle Abrüstung die gleiche Verantwortung trügen, sei ungerecht.

China trete dafür ein, daß die konventionelle Abrüstung Hand in Hand mit der atomaren Abrüstung gehe. Alle Länder sollten sich verpflichten, gegen kein Land bewaffnete Intervention, Aggression oder militärische Besetzung mit konventionellen Streitkräften zu betreiben. Als erster Schritt zur konventionellen Abrüstung seien alle fremden Besatzungstruppen unverzüglich abzuziehen.

Gleichzeitig sollten die beiden Supermächte ihre schweren und neuartigen konventionellen Waffen und Ausrüstungen, insbesondere die Offensivwaffen, reduzieren. Anschließend sollten auch die anderen militärisch wichtigen Länder in einem vernünftigen Verhältnis und in einem genau festgelegten Verfahren ihre jeweiligen konventionellen Rüstungen abbauen (BRU 1983, Nr.46, S.11).

Chinesische Vertreter weisen bei ihren Diskussionen über die Abrüstung immer wieder darauf hin, daß das Problem der Erhaltung des Weltfriedens nicht nur von der Abrüstung, sondern auch von einer Verbesserung der Nord-Süd-Beziehungen abhängen. Durch Ungleichgewichte in beiden Bereichen sei die Stabilität gleichermaßen gefährdet. Zu den Abrüstungsgesprächen müßten deshalb auch Verhandlungen über die Errichtung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung hinzutreten.

Immer wieder auch wird das Scheitern von Abrüstungsverhandlungen bedauert, so z.B. der bisherige Fehlschlag der europäischen Abrüstungskonferenz in Stockholm, deren fünfte Runde (29.1.-22.3.85) abermals wie das Hornberger Schießen ausging. Von der Festlegung "vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen", wie sie ja das Ziel der Konferenz sei, keine Spur!

Auch die Genfer Abrüstungsverhandlungen zwischen den beiden Supermächten, die seit dem 12. März 1985 im Gange sind, stünden unter einem ungünstigen Stern. Heutzutage besäßen beiden Supermächte 15.000 atomare Sprengköpfe - genug, um die Erde 40mal mit einem atomaren Winter zu überziehen. Gerade jetzt aber, wo die Vernunft besonders stark gefordert wäre, gibt es wieder einen Stillstand; seit 1972 beispielsweise sei kein einziges Rüstungsabkommen zwischen den beiden Supermächten mehr zustande ge-

kommen. Stattdessen sei ein neuer Gesprächspunkt, das Star-War-Programm, hinzugekommen. Mit der Vermehrung der Verhandlungsgegenstände von zwei (strategische Waffen und Mittelstreckenraketen) auf nunmehr drei sei das Gesprächspaket noch umfangreicher geworden. Die Sowjetunion verlange denn auch drei getrennte Verhandlungen und Abkommen, während die USA auf der Einheit bestünden. Bisher hatten sich die Gespräche über die Reduzierung der strategischen Waffen 14 Jahre hingezogen, diejenigen über interkontinentale nukleare Waffen zwei Jahre lang. Ob sich nun, da die Verhandlungsproblematik zusätzlich kompliziert worden sei, schnellere Ergebnisse erwarten ließen? (XNA, 5., 11., 13. und 23.3.85) -we-

\*(17)

#### Hände weg von der Militarisierung des Weltraums: Chinas Stellungnahme zum "Sternenkriegs"-Konzept und zum SDI

Nach dem Streit um die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa ist seit Verkündung des Star-War-Konzepts durch den amerikanischen Präsidenten im März 1983 eine neue Dimension hinzugekommen, nämlich die Raumwaffenfrage.

Die VR China hat bereits am 1. November 1983 vor dem Ersten Ausschuß der UNO eine Entmilitarisierung des Weltraums gefordert. Die Kernsätze des chinesischen Vertreters, Qian Jiadong, lauten: "China ist für die Entmilitarisierung im Weltraum und tritt dafür ein, daß der Weltraum ausschließlich in den Dienst des Friedens gestellt wird. China tritt seit eh und je dafür ein, daß die Erforschung und Nutzung des Weltraums der Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur aller Länder dienstbar gemacht wird. ... Wir sind der Meinung, daß zur Verwirklichung des allgemeinen Ziels der 'Entmilitarisierung im Weltraum' sowohl Weltraumwaffen als auch Satelliten, die für militärische Zwecke eingesetzt werden, prinzipiell verboten und begrenzt werden müssen. Allerdings ist das Verbot und die Begrenzung von Militärsatelliten eine ziemlich komplizierte Frage, da diese Satelliten sowohl für feindselige Zwecke als auch zur Kontrolle der Durchführung des Abrüstungsabkommens oder zur Voraussage eventueller Überraschungsangriffe eingesetzt werden können. Von daher muß man zunächst mit dem Verbot aller Weltraumwaffen beginnen... Wir sind dafür, daß die Kommission für Abrüstungsverhandlungen eine Arbeitsgruppe für die Verhütung des Wettrüstens im Weltraum errichtet, die über das Verbot von Tests aller Weltraumwaffen und deren Entwicklung, Herstellung, Stationie-

rung, Verwendung und Vernichtung verhandeln und entsprechende internationale rechtliche Dokumente ausarbeiten soll. Wir sind auch dafür, daß mit dem Verbot von Anti-Satellitenwaffen begonnen wird." (XNA, 2.11.83)

Inzwischen wurde die Raumwaffenfrage zum Gegenstand der neuen Genfer Abrüstungsgespräche zwischen den beiden Supermächten gemacht. Diese neue Verhandlungsrunde solle, wie im Januar 1985 vereinbart wurde, sowohl die strategischen Kernwaffen und Mittelstreckenraketen als auch die Raumwaffen umfassen. Freilich gab das Weiße Haus von vornherein zu verstehen, daß es auf den Sternenkriegs-Plan auf keinen Fall verzichten werde. Daraus ergeben sich vor allem vier Streitfragen, die sich stichwortartig folgendermaßen formulieren lassen: Hat das Star-War-Konzept defensiven oder offensiven Charakter? Bringt das Raumraketen-Abwehrsystem eine strategische Stabilisierung mit sich oder führt es zu einem neuen unkontrollierbaren Wettrüsten? Ist das SDI ein überwiegend wissenschaftliches oder aber militärisches Konzept? Ist schließlich das SDI-Programm lediglich die Antwort auf ein bereits seit Jahren angelaufenes sowjetisches Anti-Raketenabwehrsystem (reaktives Verhalten der USA), oder aber stellen die USA mit dem SDI eine neue Herausforderung für die USA auf (aktives Verhalten)?

Washington pocht hier jeweils auf die erste, Moskau dagegen auf die zweite Alternative.

Nach Meinung der VR China sind die Europäer bei der Frage, ob sie sich dem SDI anschließen sollen oder nicht, vor ähnliche Fragen gestellt. Für sie ergeben sich aber noch einige zusätzliche Probleme: Einmal seien die Details des amerikanischen Programms nach wie vor vage: "Es ist so, als würde man von einem Mann verlangen, zu heiraten, bevor er die Frau gesehen hat". Darüber hinaus seien viele Europäer im Zweifel, ob das Abwehrsystem am Ende auch für Europa (und nicht nur für die USA) wirksam sei. Das Ganze sei jedenfalls eine "heiße Kartoffel" (XNA, 1.4.85).

Es ist aber klar, was China den Europäern letztlich rät: "Hände weg vom SDI" (in diesem Sinne auch XNA, 25. und 28.10., 10.11.84).

Am 13. Februar 1985 forderte der chinesische Vertreter bei der 22. Sitzung des wissenschaftlichen und technischen Unterausschusses der UNO für die friedliche Nutzung des Weltraums erneut eine Initiative zur "friedlichen Nutzung des Welt-

raums", der das "gemeinsame Erbe der Menschheit" sei und deshalb lediglich zu "friedlichen Zwecken genutzt werden sollte". Weltraumwissenschaft und -technologie seien neue Bereiche mit enormen Möglichkeiten zur Förderung des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts. In diesem Sinne müßten alle Nationen zusammenarbeiten, wobei China offensichtlich nicht zuletzt auch an seinen eigenen Vorteil denkt. Die VR China werde im April und Oktober 1985 in Beijing zusammen mit der Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik (ESCAP) und dem UNO-Ausschuß für den Weltraum ein Seminar über die Bedeutung der Fernsteuerung bei Planung, Management und Entscheidungsfindung und einen Workshop über die Fortschritte der Weltraumwissenschaft und -technologie abhalten (XNA, 14.2.85).

Sternenprogramm ja - aber nur auf friedlichem Gebiet und unter Einbeziehung auch der Entwicklungsländer (nicht zuletzt Chinas!) - dies also ist der chinesische Standpunkt. -we-

**KULTUR**

\*  
\*  
\* \* \* \* \*

**\* (18) Hohe Zahl von Patentanmeldungen**

Am 1. April 1985 trat das neue Patentgesetz der Volksrepublik China in Kraft. Bereits an diesem Tag meldeten chinesische und auch ausländische Firmen insgesamt ca. 4.000 Patente bei den chinesischen Patentbüros an. Von den 1.773 Anmeldungen bis 15 Uhr am 1.4.1985 bezogen sich 80% auf neue Erfindungen. 16% bezogen sich auf Gebrauchsmuster und 4% waren neue Geschmacksmuster. 842 Anmeldungen oder 47,5% kamen von inländischen Erfindern. Der Rest kam aus dem Ausland.

Die erste registrierte Patentanmeldung kam von einem Forschungsinstitut, das dem Ministerium für Astronautik untersteht. Der größte einzelne Anmelder war die Qinghua-Universität, die 145 Patente beantragte. 60 Anmeldungen kamen von der Filiale der Phillips-Gesellschaft aus den Niederlanden, 30 von den Takeda Chemical Industries Ltd. aus Japan und 20 von der Chemiefirma Bayer (Leverkusen) aus der Bundesrepublik Deutschland. Von den ausländischen Anmeldungen bezogen sich 40% auf die Chemieindustrie und weitere 40% auf die Elektronik-Industrie.

Ca. 4.000 Patentagenten sind ausgebildet worden, und Patentagenturen wurden in den meisten Provinzen, Autonomen Regionen und pro-

vinzunabhängigen Städten gegründet. Im Hauptamt in Beijing gibt es 207 Patentprüfer und ein Archiv, das 30 Mio. Patentedokumente enthält.

Die Shanghaier Filiale des staatlichen chinesischen Patentamtes akzeptierte mehr als 30 Patentanmeldungen von Gesellschaften in Japan, USA, Australien, Frankreich und anderen Ländern, und zwar bereits am ersten Tag der Gültigkeit des Patentgesetzes. Die Patente dort bezogen sich auf die Chemieindustrie, den Maschinenbau und die pharmazeutische Industrie. Insgesamt seien einige 100 ausländische und 300 inländische Patentanmeldungen eingegangen, teilte der stellvertretende Direktor des Shanghaier Patentamtes mit. Neben dem Patentamt in Shanghai gibt es ein Büro für Patentanwälte. In diesen Organisationen arbeiten mehr als 480 ausgebildete Personen. (XNA, 2.4.1985) -lou-

**\* (19) Gründung einer Nationalitäten-Hochschule in Beijing**

Im April 1985 wurde in Beijing die erste vom Volk betriebene (minban) Hochschule für Nationalitäten in China eröffnet. Die Hochschule wurde von der Beijinger Gesellschaft für Volksliteratur und -kunst der Nationalitäten gegründet. Finanziert wurde der Bau der Schule durch Spenden sowie staatliche und private Zuwendungen. Die laufenden Kosten werden durch die Einnahmen aus dem Schulgeld sowie eigene Werkstätten und Beratungsdienste gedeckt. Die Hochschule bietet Kurse in Kunst, Recht, Verwaltung und politischer Wissenschaft an. Ab nächstem Jahr sollen mehr geisteswissenschaftliche Fächer eingerichtet werden. Der Unterricht erfolgt durch pensionierte Lehrer und eingeladene Lektoren. Die Aufnahmeprüfungen sind leichter als bei anderen Universitäten, doch die Qualität des Unterrichts ist gleich. Im Unterschied zu den zehn in China bestehenden Hochschulen für Nationalitäten gibt es bei dieser Hochschule keine Arbeitsplatzgarantie für die Absolventen. Diese erhalten jedoch Diplome und Empfehlungen für Einstellungen. Gegenwärtig studieren gut 300 Studenten an der Hochschule; die meisten von ihnen sind Hui, Mongolen und Mandschu (XNA, 13.4.85; RMRB, 3.4.85).

Die Angehörigen nationaler Minderheiten haben es in der Regel schwer, Aufnahme an einer Hochschule oder Universität zu finden, obwohl ihnen ein bestimmter Prozentsatz von Studienplätzen an regulären Hochschulen vorbehalten ist und sie auch bei den Aufnahmeprüfungen einen Bonus erhalten.